

frei denken.

Das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz



Immanuel Kant

Zum 300. Geburtstag

Vierteljährlich 2024-2

10 CHF



frei-denken.ch

Freidenkende Schweiz

säkular . humanistisch . rational



INHALT

LEITTHEMA • PHILOSOPHIE

Kant prägt wie kein anderer unsere Gegenwart4



LEITTHEMA • GESPRÄCH

«Update Schweiz»
Interview mit Daniel Graf7

LEITTHEMA • HINTERGRUND

Religionsfreiheit10

GAST • KOLUMNE

Die andere «Evolution des Denkens»13

AKTUELL • NEWS

Schweiz14

International15

SÄKULAR • POLITIK

Blasphemie ist auch Machtkritik16

INTERN • ORGANISATION

Zeit für eine Stabübergabe19

Neues Präsidium20

Dan Hungerbühler: neuer Geschäftsleiter21

PORTRÄTS • HUMANISTISCHE UND SÄKULARE ORGANISATIONEN

Der Human-Etisk Forbund Norwegens22

AGENDA • INFOS

Versammlungen, Notizen23

Top-Events24

Abonnements: siehe Seite 3

IMPRESSUM

Freidenker-Vereinigung
der Schweiz
CH - 3000 Bern
info@frei-denken.ch
https://frei-denken.ch
ISSN 1662-9043

Auflage: 1800
Erscheinungsweise vierteljährlich: März - Juni - September - Dezember
Redaktionskommission: Anne Boxleitner, Camilla Landbø, Marc Moser, Andreas Kyriacou
Korrektorat: Sarah Anderhub
Gestaltung: Sophie Dupont Arts Graphiques
Druck und Spedition: Swissprinted.ch

EDITORIAL

THAT'S ALL FOLKS

DIEJENIGEN, die wir per Mail erreichen können, wissen es bereits: Ich trete im Juni als Präsident und Vorstandsmitglied zurück. (Den Wortlaut des Rundmails findet ihr auf Seite 19). Inzwischen haben mich mehrere Dutzend Mitglieder per Mail, Direktnachrichten oder Telefon kontaktiert und mir für mein Wirken bei der FVS gedankt. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses habe ich es noch nicht geschafft, mich bei allen zurückzumelden. Ich nutze mein allerletztes Editorial deshalb sehr gerne für ein kollektives Dankeschön! Die Rückmeldungen haben mich sehr gerührt.

Ich freue mich darauf, möglichst viele von euch am 22. Juni an der Delegiertenversammlung zu sehen - und hoffentlich auch am Polit-Workshop mit Daniel Graf. Die Infos zur DV findet ihr auf den Seiten 20 und 24, Anne Boxleitners Interview mit Daniel auf Seite 7.

Die zahlreichen Reaktionen zeigen auch, dass ihr, die ihr als Mitglieder den Verein tragt, euch dafür interessiert, was wir auf die Beine zu stellen vermögen, wie wir in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und welche Veränderungen wir anzustossen in der Lage sind. Das ist auch für den Restvorstand eine gute Nachricht. Bringt euch weiterhin ein, natürlich gerne auch aktiv. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die FVS ist die Präsenz in den Regionen. Und da fehlt es nie an Möglichkeiten, etwas zu tun, aber immer wieder mal an Ressourcen. Selbstredend sind zusätzliche mitdenkende Köpfe und anpackende Hände auch für die Aktivitäten auf nationaler Ebene sehr willkommen. Insbesondere mehr junge und jüngere Personen und mehr Frauen als Aushängeschilder täten unserem Erscheinungsbild gut.

Apropos Erscheinungsbild: Als ich vorschlug, das Layout des *La Libre Pensée*



für das *frei denken*. zu übernehmen, war eine wichtige Überlegung, dass dies den Austausch von Texten aus der Deutschschweiz und der Romandie befördern sollte. Das klappt bereits hervorragend. Es erscheinen nun regelmässig übersetzte Texte aus dem jeweils anderen Magazin. Doch natürlich entstehen auch anderswo lesenswerte Artikel. Als ich letztes Jahr am World Humanist Congress die Chefredaktorin des Mitgliederzeitungsmagazins der norwegischen Humanisten (*siehe Seite 22*) kennenlernte, schlug ich auch ihr vor, zu schauen, ob es Texte gibt, die für die jeweils andere Leserschaft von Interesse sein könnten. Der übersetzte Meinungsbeitrag von Arnfinn Pettersen (*siehe Seite 16*) ist ein erstes Resultat dieses Austauschs. Mit den österreichischen Humanisten setzen wir den ebenfalls begonnenen Austausch fort: Sie übernehmen mein Interview mit Michael Schmidt-Salomon und wir publizieren dieses Mal Andreas Graderts Kant-Porträt (*siehe Seite 4*).

Viel Spass beim Lesen - und hoffentlich auf bald in Aarau!

Andreas Kyriacou, Präsident Freidenker-Vereinigung der Schweiz
(2013 - Juni 2024) ■

KANT PRÄGT WIE KAUM JEMAND UNSERE GEGENWART

DER DEUTSCHE PHILOSOPH WÄRE DIESEN APRIL 300 JAHRE ALT GEWORDEN

In einer Zeit, in der Kriege geführt und Völkerrechte missachtet werden, erinnern uns Immanuel Kants Ideen daran, wie wichtig religiöse Toleranz und die Achtung der Menschenwürde sind.

IMMANUEL Kant (1724–1804) war ein bedeutender deutscher Philosoph der Aufklärung und einer der einflussreichsten Denker in der westlichen Philosophiegeschichte. Seine Werke hatten einen enormen Einfluss auf viele Bereiche der Philosophie, darunter Metaphysik, Ethik, Erkenntnistheorie, Ästhetik, politische Philosophie und Religionsphilosophie.

Kant ist am bekanntesten für seine Werke «Kritik der reinen Vernunft», «Kritik der praktischen Vernunft» und «Kritik der Urteilskraft». In der «Kritik der reinen Vernunft» untersuchte er die Grenzen des menschlichen Erkenntnisvermögens und argumentierte, dass unser Wissen über die Welt durch unsere Wahrnehmung und unsere kognitiven Fähigkeiten begrenzt ist. Er prägte den Begriff der **«transzendentalen Idealität»**, um zu beschreiben, wie die Struktur des menschlichen Geistes die Art und Weise beeinflusst, wie wir die Welt wahrnehmen.

In der **«Kritik der praktischen Vernunft»** entwickelte Kant seine Ethik des kategorischen Imperativs, der besagt, dass moralische Handlungen auf kategorischen, universalen Prinzipien beruhen sollten, die sich aus der reinen Vernunft ergeben. Kant argumentierte, dass moralische Pflichten auf Vernunft und Autonomie basieren sollten, anstatt auf äusseren Anreizen oder religiösen Geboten.

Kants Ästhetik und politische Philosophie sind ebenfalls von grosser Bedeutung. In der **«Kritik der Urteilskraft»** untersuchte er die Natur von Schönheit und Geschmack und argumentierte, dass ästhetische Urteile auf subjektiver Harmonie und universellen Prinzipien beruhen. In seiner politischen Philosophie betonte Kant die Idee des kosmo-



«Kritik der Urteilskraft», eines von Kants bekannten Werken.

politischen Rechts und der republikanischen Regierung als Grundlage für eine gerechte Gesellschaft.

Kant hatte einen enormen Einfluss auf die Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts und beeinflusste Denker wie Hegel, Schopenhauer, Nietzsche und viele andere. Seine Werke werden auch heute noch intensiv studiert und diskutiert und haben einen bleibenden Einfluss auf die moderne Philosophie.

Kant hatte einen erheblichen Einfluss auf den Humanismus, insbesondere im Bereich der politischen Philosophie. Hier sind einige Wege, wie Kants Ideen den Humanismus geprägt haben:

Moralische Autonomie: Kants Ethik des kategorischen Imperativs betonte die Idee der moralischen Autonomie, wo-

nach moralische Pflichten auf der Vernunft und der Autonomie des moralischen Subjekts beruhen. Dieser Fokus auf der Selbstbestimmung und moralischen Verantwortung des Einzelnen passt gut zu humanistischen Werten, die die Würde und Freiheit des Individuums betonen.

Universalität moralischer Prinzipien: Kants Ethik legte Wert auf die Idee, dass moralische Prinzipien universal und unabhängig von persönlichen Neigungen oder Umständen gelten sollten. Dieser universalistische Ansatz zur Ethik, der auf der Vernunft basiert, stimmt mit humanistischen Werten überein, die die Gleichheit und Universalität der Menschenrechte betonen.

Kosmopolitismus: Kant förderte die Idee des kosmopolitischen Rechts, das die Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung aller Menschen unabhängig von nationaler Zugehörigkeit oder Herkunft betont. Diese kosmopolitische Vision einer gerechten Gesellschaft, die auf dem Respekt vor den Rechten und der Würde aller Menschen basiert, ist mit den humanistischen Idealen der globalen Solidarität und des Respekts für die Vielfalt vereinbar.

Demokratische Prinzipien: Obwohl Kant selbst kein demokratischer Theoretiker war, legte er den Grundstein für demokratische Prinzipien, indem er die Idee der republikanischen Regierung und der Selbstbestimmung der Bürger betonte. Diese Ideen haben im Laufe der Zeit zur Entwicklung demokratischer Gesellschaften beigetragen, die auf den Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und dem Respekt für die Menschenwürde beruhen, die auch im Humanismus zentral sind.



Postkarte der Albertus-Universität in Königsberg (heute Kaliningrad), hier lehrte Kant jahrzehntelang.

LC-DIG-PPMSCA-00738

Aber auch Kants direkter Einfluss auf die Ethik ist beträchtlich und weitreichend. Hier sind einige der wichtigsten Wege, wie Kant die moderne Ethik geprägt hat:

Deontologische Ethik: Kants Ethik ist ein Eckpfeiler der deontologischen Ethik, die besagt, dass die Moralität von Handlungen nicht ausschliesslich von ihren Konsequenzen abhängt, sondern auch von den moralischen Pflichten oder Prinzipien, die die Handlung leiten. Der kategorische Imperativ von Kant, der die Idee der moralischen Pflicht und Universalität betont, ist eines der zentralen Konzepte der deontologischen Ethik.

Würde des Menschen: Kant betonte die Würde und den moralischen Wert jedes Menschen als autonomes und vernunftbegabtes Wesen. Diese Betonung der Menschenwürde hat einen bedeutenden Einfluss auf die moderne Ethik, insbesondere in Bezug auf Fragen der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und des Respekts für die individuelle Autonomie und Selbstbestimmung.

Kritik des Utilitarismus: Kant kritisierte den Utilitarismus und andere konsequentialistische Ethiktheorien, die die Moralität von Handlungen ausschliesslich auf ihren Konsequenzen basieren. Seine Argumente gegen den Utilitarismus haben dazu beigetragen, die Debatte über die Grundlagen der Ethik zu bereichern und alternative ethische Ansätze zu fördern.

Seine Arbeit hat die ethische Theorie und Praxis erheblich geprägt und bleibt auch heute noch eine wichtige Referenz für ethische Diskussionen und Debatten.

Neben seinem Einfluss auf den Humanismus und die Ethik hat Kant auch andere Bereiche der Philosophie und darüber hinaus massgeblich beeinflusst. Hier sind einige seiner wichtigsten Beiträge:

Erkenntnistheorie: In seiner *«Kritik der reinen Vernunft»* revolutionierte Kant die Erkenntnistheorie, indem er die Grenzen und Möglichkeiten menschlichen Wissens untersuchte. Er prägte den Begriff der *«transzendentalen Idealität»*, um zu beschreiben, wie die Struktur des menschlichen Geistes unsere Wahrnehmung und Erkenntnis der Welt formt. Seine Arbeit hatte einen tiefgreifenden Einfluss auf die moderne Erkenntnistheorie und die Philosophie des Geistes.

Kant förderte die Idee des kosmopolitischen Rechts. Es betont die Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Herkunft.

Metaphysik: Kant trug wesentlich zur Entwicklung der Metaphysik bei, indem er die traditionellen metaphysischen Fragen kritisierte und neue Ansätze zur Untersuchung der Natur des Seins ent-

wickelte. Seine Unterscheidung zwischen dem *«Ding an sich»* und dem, was wir durch unsere Sinne wahrnehmen können, war ein wichtiger Beitrag zur metaphysischen Debatte.

Ästhetik: In seiner *«Kritik der Urteilskraft»* untersuchte Kant die Natur von Schönheit, Geschmack und ästhetischem Urteil. Er entwickelte den Begriff des *«Urteilsvermögens»*, um zu erklären, wie ästhetische Urteile über Kunstwerke und Naturphänomene gefällt werden. Seine Arbeit hatte einen grossen Einfluss auf die moderne Ästhetik und Kunsttheorie.

Politische Philosophie: Kants politische Philosophie betonte die Ideen der Freiheit, Gerechtigkeit und des kosmopolitischen Rechts.



Westdeutsche Briefmarke, 1974, zu Kants 250. Geburtstag

COMMONS WIKIMEDIA / NOBEP

tischen Rechts. Er argumentierte für die Idee des republikanischen Regierungssystems und betonte die Bedeutung des Völkerrechts und des Friedens für eine gerechte Gesellschaft. Seine Arbeit hatte einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung demokratischer Theorien und internationaler Beziehungen.

Religionsphilosophie: Obwohl Kant selbst kein religiöser Denker im traditionellen Sinne war, trug er zur Entwicklung der Religionsphilosophie bei, indem er die Idee der religiösen Toleranz und der moralischen Grundlagen der Religion betonte. Seine Kritik an traditionellen religiösen Dogmen und seine Betonung der Autonomie des moralischen Subjekts hatten einen tiefgreifenden Einfluss auf die moderne Religionsphilosophie.

Seine Ideen und Konzepte prägen weiterhin das Denken in Bereichen wie Er-

kenntnistheorie, Metaphysik, Ästhetik, politische Philosophie und Religionsphilosophie und sind eine wichtige Referenz für philosophische Diskussionen und Debatten.

Kants Philosophie bietet auch heute noch viele wichtige Einsichten und Lehren, die für unser Verständnis der Welt und unsere ethische Orientierung relevant sind. Hier sind einige Bereiche, bei denen uns das Vordenken von Kant heute helfen kann:

Universalität moralischer Prinzipien:

Kants Idee des kategorischen Imperativs legt nahe, dass moralische Prinzipien universal und unabhängig von persönlichen Neigungen gelten sollten. In einer Zeit, in der moralischer Relativismus und Subjektivismus verbreitet sind, erinnert uns Kant daran, dass es objektive moralische Werte gibt, die für alle Menschen gelten.

Kritik an religiösen Dogmen: Obwohl Kant selbst kein religiöser Denker war, kritisierte er religiöse Dogmen und betonte die Bedeutung der moralischen Vernunft als Grundlage der Religion. In einer Zeit, in der religiöser Extremismus und Dogmatismus zunehmen, erinnert uns Kant daran, dass Religion nicht als Vorwand für Intoleranz, Diskriminierung oder Gewalt missbraucht werden sollte.

Respekt für die Natur: Kants Ästhetik und seine Ideen zur Natur haben auch heute noch Relevanz für unser Verständnis und unseren Umgang mit der Umwelt. In einer Zeit des Klimawandels und der Umweltzerstörung erinnert uns Kant daran, dass die Natur einen intrinsischen Wert hat und dass wir eine Verantwortung haben, sie zu respektieren und zu schützen.

Andreas Gradert ■



Immanuel-Kant-Statue auf dem Gelände der Staatlichen Universität Kaliningrad, Russland. Replik von Harald Haacke der Originalskulptur von Christian Daniel Rauch, die während des Zweiten Weltkriegs 1945 verschwand.



ANDREAS GRADERT ist seit 2022 Präsident des Humanistischen Verbands Österreich und Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Konfessionsfreien, der Atheisten Österreich und der Giordano Bruno Stiftung Regionalgruppe Österreich. Er hat Theologie, Psychologie und Wirtschaftswissenschaften studiert.

«UPDATE SCHWEIZ»

INTERVIEW MIT POLIT-CAMPAIGNER DANIEL GRAF

«Die revidierte Schweizer Bundesverfassung soll vom Volk fürs Volk gemacht werden»

DER Polit-Campaigner und Mitgründer der Plattform für direkte Demokratie WeCollect, Daniel Graf, strebt die «Totalrevision» der Schweizer Bundesverfassung an. Er plant, mit einer breit abgestützten Bewegung die «Volksinitiative für eine zeitgemässe Bundesverfassung» zu lancieren. Aus seiner Sicht taugt die derzeitige Bundesverfassung nicht mehr.

Die Schweizer Bundesverfassung revidieren zu wollen: War das ursprünglich eine «Schnapsidee» oder wie kam es dazu? Schliesslich ist es kein alltägliches Unterfangen, sondern ein Mammutprojekt.

Daniel Graf: Mein ursprünglicher Plan war ein ganz anderer. Mir war aufgefallen, dass in unserer Bundesverfassung etwas Wichtiges fehlt – nämlich ein «Demokratieartikel». Das heisst, es gibt keinen Masterplan, wie die direkte Demokratie geschützt, gepflegt und vor allem weiterentwickelt werden soll. Daraus entstand die Idee, einen Demokratieartikel in die Verfassung zu schreiben. Ich habe mit vielen Leuten darüber gesprochen und alle fanden den Gedanken gut, aber niemand wollte sich zu dem Zeitpunkt konkret engagieren. Deshalb ist das Projekt länger liegen geblieben.

Wie kam es, dass das Projekt doch nicht in der Schublade versauert ist?

Irgendwann habe ich mir die Bundesverfassung nochmal genau angeschaut und bin auf Artikel 138 gestossen. Dieser besagt, dass es für eine Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung nur das Volksmehr und nicht auch das Ständemehr braucht. Dies erhöht die Chance, dass die Initiative Erfolg haben könnte, sehr. Anschliessend habe ich mich gefragt: Warum sollten wir nicht gleich die Gunst der Stunde nutzen und die gesamte Bundesverfassung überarbeiten, statt nur einen Demokratieartikel

hineinzuschreiben? Ab diesem Moment wusste ich, ich möchte die Totalrevision der Bundesverfassung vorantreiben.

Welche Chancen bietet eine Totalrevision?

Ich bin überzeugt, es könnte das Jahrhundert-Projekt werden, um die Schweizer Demokratie fit für die Zukunft zu machen. Auch die Schweiz befindet sich in einer Multikrise – dazu gehören die Klimakrise, der zunehmende Populismus im In- und Ausland und die steigende soziale Ungleichheit. All diese Krisen wirken destabilisierend auf unsere Demokratie. Um schnell auf diese vielfältigen und komplexen Krisen reagieren zu können, ist der normale parlamentarische Prozess zu schwerfällig. Zudem ist es so: Wer im Parlament progressive Anliegen sabotieren möchte, hat es leicht. So möchten wir mit der Totalrevision der Bundesverfassung auch die Möglichkeit schaffen, dass die Schweizer Politik flexibler und effizienter arbeiten kann.

«Politik machen heisst, die Bedürfnisse und Wünsche, aber auch Ängste der Menschen bestmöglich zu verstehen.»

Dank der digitalen Möglichkeiten, die wir heute haben, könnte es eine Verfassung werden, die wir alle zusammen erarbeiten. Keine, die in irgendwelchen Hinterzimmern geschrieben wird, sondern eine Verfassung, bei der Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, jeden Alters, jeder sexuellen Orientierung und auch Menschen ohne Schweizer Pass mitwirken sollen. Digitale Abstimmungs- und Austauschplattformen bieten die Möglichkeit, dass die **Revision «von unten»** aus der Bevölkerung kommt und tatsächlich ein direktdemokratischer Prozess stattfindet.



Gedenkbild anlässlich der ersten «Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft» von 1848

SCHWEIZERISCHE NATIONALLIBLIOTHEK

Wie ist diese «Totalrevision von unten» möglich? Denn die Aufgabe, eine neue Verfassung auszuarbeiten, hat trotzdem das Parlament.

Das stimmt. Bekommt die Volksinitiative für die Totalrevision von der Stimmbevölkerung die Mehrheit, wird es – und das ist historisch einmalig in der Schweiz – vorgezogene Neuwahlen geben. Das neu zusammengesetzte Parlament muss dann die neue Bundesverfassung ausarbeiten. Ich rechne damit, dass die Totalrevision mehr als zwei Legislaturperioden dauern wird. Anschliessend wird die revidierte Bundesverfassung der Stimmbevölkerung vorgelegt: Nur wenn eine Mehrheit der Bevölkerung und der Stände hinter der neuen Bundesverfassung steht, wird sie angenommen. Falls das nicht der Fall ist, muss das Parlament nochmals hinter die Bücher.

Wie schafft es das Parlament herauszufinden, wie das Volk zu welchen Themen steht?

Dies wird sicher ein langwieriger Prozess. Es gibt verschiedene Mittel:



Wird im Nationalratssaal im Berner Bundeshaus schon bald an einer neuen Bundesverfassung gearbeitet?

angefangen bei repräsentativen Befragungen über wiederkehrende Versammlungen mit Bürgerinnen und Bürgern bis hin zum Einbezug von zivilgesellschaftlichen Interessengruppen. Wo steht die Bevölkerung? Das gilt es herauszufinden.

Nicht selten sind die Menschen in der Schweiz viel progressiver als das - von «alten, weissen Männern» dominierte - Parlament. Das hat die Abstimmung zur Ehe für alle gezeigt, die mit grosser Mehrheit angenommen wurde. Oder das beweist der sensationelle Erfolg von Nemo am diesjährigen Eurovision Song Contest, den das ganze Land gefeiert hat. Für die Schweizer Behörden dagegen existieren nicht binäre Menschen wie Nemo (noch) nicht. Der Bundesrat hatte es 2022 abgelehnt, eine dritte, «neutrale» Geschlechtsidentität anzuerkennen.

Politik machen heisst jedoch, die Bedürfnisse und Wünsche, aber auch Ängste der Menschen bestmöglich zu verstehen. Daraus wird sich der konkre-

te Revisionsbedarf für die Bundesverfassung ableiten. **Die Zivilgesellschaft muss bereit sein, die Chance zu nutzen und sich dafür gut organisieren, um mehr Macht in diesem Prozess zu haben.** Aber da mache ich mir keine Sorgen - es gibt so viele engagierte Menschen in jedem Alter.

Von rechten Medien und Parteien wirst du kritisiert, du möchtest die Schweiz mit der Verfassungsrevision «linker» machen. Wird eine neue, vom Volk mitverdierte Verfassung radikal anders sein als die bisherige?

Grundsätzlich sind mir solche Zuschreibungen egal, denn mir geht es um die Sache und nicht um politische Schubladen. Wie gesagt, die Revision muss von einer Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden. Sonst scheidet sie an der Urne. Ich spreche auch lieber von **«Update Schweiz»** statt von Totalrevision - obwohl es formal eine sein wird. Denn etwas upzudaten ist positiv besetzt - wie den Computer oder das Handy. Man aktualisiert es aufbauend

auf bereits Bestehendem. Sicherlich wird es einige Artikel der Bundesverfassung geben, die so veraltet sind, dass sie ersatzlos gestrichen werden. Wieder andere werden ergänzt oder umgeschrieben. Und einige werden auch neu sein. Ein Beispiel wäre ein Artikel, mit dem Tiere, Pflanzen und Landschaften zu juristischen Personen werden.

Ihr habt beschlossen, den Start der Unterschriftensammlung für die Initiative zu verschieben. Aus welchen Gründen?

Es gibt mehrere. Zwar haben wir schon über 50'000 Zusagen von Menschen, die für die Volksinitiative Unterschriften sammeln würden und wir konnten unsere Initiativkampagne mit Spenden finanzieren. Dennoch halten wir den Zeitpunkt nicht für ideal, denn das politische Umfeld ist derzeit aufgrund von Krisen und Kriegen stark von Unsicherheit geprägt. Im Herbst sind zudem die Präsidentschaftswahlen in den USA mit ungewissem Ausgang. Und da die Totalrevision ein Marathon und kein Sprint ist, warten wir lieber noch etwas ab.

Die Präambel der Schweizer Verfassung beginnt mit den Worten «Im Namen Gottes des Allmächtigen!». Ist das auch ein Punkt, der geändert werden soll?

Das wird eine spannende Diskussion. Letztendlich wird das Parlament die Bevölkerung dazu befragen müssen. Und die Bevölkerung wird immer säkularer. Grundsätzlich sehe ich in der Totalrevision noch eine weitere Chance: Indem Bürgerinnen und Bürger wiederkehrend und systematisch einbezogen werden – zum Beispiel in einem **«Bürgerverfassungsrat»** –, kommen Menschen miteinander ins Gespräch, die sich sonst vielleicht nicht begegnen würden. In den Diskussionen werden sie so ungefiltert andere Sichtweisen und

Lebenswelten kennenlernen. Das hilft, sich immer wieder selbst zu hinterfragen und Vorurteile zu überdenken. So ist es mir ergangen, als mich bei der Auftaktveranstaltung zur Initiative ein Pfarrer bat, eine Sache in der neuen Bundesverfassung nicht zu streichen. Ich sagte ihm, er meine sicher den ersten Satz der Präambel, also **«Im Namen Gottes des Allmächtigen!»**. Zu meiner Überraschung verneinte er. Das sei ihm persönlich nicht so wichtig.

Was unbedingt bleiben müsse, sei der Satz: **«...dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen»**.

Anne Boxleitner ■



Mehr zum Initiativprojekt:
www.bundes-verfassung.ch



© DIRK WETZEL

DANIEL GRAF AN DER FVS-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Am 22. Juni in Aarau wird Daniel Graf ein Impulsreferat halten. Anschliessend diskutiert er mit Andreas Kyriacou und dem Publikum darüber, dass die Bevölkerung immer religionsferner wird, die Politik aber sehr träge auf diese Veränderung reagiert. Die Frage lautet: *«Wie können wir es schaffen, das Tempo zu erhöhen, um Staat und Kirche zu entflechten?»*. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

RELIGIONSFREIHEIT

SIE KAM ÜBER DEN OZEAN ALS FREMDER GAST IN UNSERE TÄLER

Die Entflechtung von Staat und Kirche begann mit der Verfassungsreform von 1874. Erst ab da durften alle an das glauben, was sie wollten – auch die jüdische Minderheit. Die Schweiz feiert dieses Jahr das 150. Jubiläum dieser Verfassung.

DIE Bundesverfassung wurde erst 1874, mit der Gewährung der Religionsfreiheit für die jüdische Minderheit, eine säkulare. Heute gibt es in der Bundesverfassung noch zwei Ausnahmeartikel gegen die muslimische Minderheit.

Im Juni 1870 schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft zur Totalrevision der Bundesverfassung: *«Der Gedanke der religiösen Freiheit entstand in dem freien Land jenseits des Ozeans; er kam als ein fremder, mit vielem Misstrauen angesehener Gast nach dem alten Europa zurück und auch da nicht zum ersten in unsere Täler.»* Die Schweiz sei zwar *«das Land der politischen Freiheit»*, aber die *«religiöse Freiheit»* sei *«von jeher durch Gesetz und Sitte sehr beschränkt»* geblieben.

Bereits die Bundesverfassung von 1848 stellte die politische Freiheit über die Religionsfreiheit. Immerhin schrieb sie die Gleichstellung der christlichen Konfessionen und Staatsbürger fest. Das bedeutete, dass Katholiken auch in protestantischen und Protestanten auch in katholischen Kantonen die Niederlassungs- und Glaubensfreiheit sowie die politischen Rechte bekamen. Was für ein Riesenschritt das war, zeigt die massive Gegenkampagne im Sommer 1848. In Uri warnte ein ehemaliger Landammann davor, dass *«künftig die Protestanten auf den Strassen Altdorfs predigen dürfen»*. An der Nidwaldner Landsgemeinde wurde behauptet, *«die Katholiken kämen unter die Herrschaft der Protestanten»*. In Zug prophezeiten Geistliche, *«die Katholiken müssten ihrem Glauben abschwören und Protestanten werden»*.

Die konfessionalistische Abwehr gegen Andersgläubige, die es auch in protestantischen Gebieten gab, war ein wich-

tiger Grund dafür, dass den zahlreichen Neuzuzüglern die politische Partizipation in den Gemeinden erschwert wurde. Die Ersetzung oder Ergänzung der Bürgergemeinden durch Einwohnergemeinden, die nach der ersten Totalrevision der Bundesverfassung erfolgte, stärkte die jeweiligen konfessionellen Minderheiten.

Ein grosses Problem blieb insbesondere in konservativen Gegenden die kirchliche Prägung der Primarschulen. Deshalb förderte der neue Schulartikel in der Bundesverfassung von 1874 auch die religiöse Freiheit und Toleranz. Er verpflichtete die Kantone, einen Unterricht anzubieten, der von allen *«ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und*



«Einer für alle, alle für einen»: Ausschnitt aus dem Gedenkblatt zur Verfassungsrevision von 1874

Gewissensfreiheit» besucht werden kann. Andere Fortschritte wurden bereits früher durch Bundesgesetze erreicht. So hob die Bundesversammlung 1851 kantonale Regelungen auf, welche die Eheschliessung zwischen Brautleuten unterschiedlicher Konfession erschwerten. Die Bundesverfassung von 1874 setzte dann die Zivilehe und das Scheidungsrecht durch.

Der Ausschluss der jüdischen Minderheit von all den erwähnten Rechten war eine der grössten Schwächen der Bundesverfassung von 1848. Im Aargau, in dem ein gutes Drittel der damals 4216 Jüdinnen und Juden lebte, wurde deren Gleichberechtigung 1862 wuchtig verworfen. Der Hauptsprecher des antisemitischen **«Mannlisturms»** war gleichzeitig Kopf des auf den Papst getauften Piusvereins. Die programmatischen Grundsätze des Kampfes gegen die jüdische Emanzipation lauteten: **«Die Juden passen nicht zu uns als Mitbürger und Miteidgenossen. Die Schweiz ist geschichtlich ein Vaterland der Christen.»**

Nachdem der Bund 1863 die politische Gleichberechtigung der Aargauer Juden verfügt hatte, war er gefordert, diese auch selbst zu verwirklichen. Im Januar 1866 gab es eine Abstimmung über die erste Teilrevision der Bundesverfassung. Während die Niederlassungsfreiheit und die Rechtsgleichheit der Juden eine Mehrheit fanden, wurde deren Glaubens- und Kultusfreiheit knapp abgelehnt. In der Zentralschweiz sagten um die 80 Prozent der Stimmbewölkerung Nein. Damit wurde die jüdische Religionsfreiheit zu einem Schlüsselthema in der folgenden Debatte um die Totalrevision. Ein Urner Ständerat bekämpfte sie mit einer höchst modernen Formulierung: **«Soll die Schweiz ein christlicher oder aber ein kosmopolitischer Staat sein?»** Am 19. April 1874 sprachen sich zwei Drittel des Männervolks bei einer Stimmbeteiligung von 82 Prozent für einen säkularen Bundesstaat aus.

Im Rahmen des Kulturkampfes um eine Entkoppelung von religiöser und staatsbürgerlicher Zugehörigkeit wurde



SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM

Der katholische Freisinnige Augustin Keller war zwischen 1835 und 1875 eine Schlüsselfigur im Kampf für einen säkularen Bundesstaat. Deswegen trägt die jüdische Loge, gegründet 1907 in Zürich, seinen Namen.

das bereits 1848 beschlossene Verbot des Jesuitenordens verschärft. Auch den einzelnen Mitgliedern wurde die Tätigkeit untersagt. Weiter wurde die Gründung neuer Klöster verboten und Geistlichen die Wählbarkeit in den National- und Bundesrat verweigert; die Errichtung von Bistümern musste vom

Kantone konnten die Ehe zwischen Brautleuten unterschiedlicher Konfession verhindern.

Bund bewilligt werden. Diese Ausnahmeartikel widersprachen einer liberalen Vorstellung von Religionsfreiheit, müssen aber als Reaktion auf den antiliberalen Kreuzzug des Papstes verstanden werden. Dieser gipfelte 1870 in der Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit durch das Erste Vatikanische Konzil. Noch 1960 hielt die päpstliche Glaubenskongregation fest: **«Wo die**

Kirche selbst herrscht, will sie die Rechte der Andersgläubigen einschränken, wo sie aber eine Minderheit bildet, verlangt sie die gleichen Rechte wie die anderen.» Die Anerkennung der Religionsfreiheit durch das Zweite Vatikanische Konzil 1965 erleichterte die politische Aufhebung des Jesuiten- und Klosterverbots 1973.

Die religiöse Toleranz gegenüber Angehörigen des Judentums erlitt 1893 bereits wieder einen Rückschlag durch das von konservativen Protestanten angeregte Schächtverbot. Besonders verhängnisvoll wirkte sich der Antisemitismus während des Zweiten Weltkriegs aus. Vielen aus **«rassischen Gründen»** Verfolgten wurde kein Asyl gewährt. 1978 wurde das Schächtverbot, das auch muslimische Menschen betrifft, aus der Verfassung gestrichen, jedoch im Tierschutzgesetz festgeschrieben.

Seit den 1970er-Jahren hat sich die Gesellschaft stark säkularisiert und religiös

pluralisiert. Auf die neue Bundesverfassung von 1999 hatte das keinen Einfluss. Die einzige religionspolitische Änderung war, dass nun Geistliche für einen Parlamentssitz wählbar wurden. Die Aufhebung des Bistumsartikels wurde 2001 nachgeholt – mit einem Ja-Anteil von 64 Prozent. Ein Drittel der gegenüber der Hierarchie misstrauischer gewordenen Katholiken und vor allem Katholikinnen hatte mit Nein gestimmt.

Kaum war die Bundesverfassung von religiösen Ausnahmeartikeln befreit, wurde sie mit zwei neuen belastet: 2009 stimmten 58 Prozent für ein Minarett- und 2021 51 Prozent für ein Burkaverbot. Viele Schweizerinnen und Schweizer fremdeln weiterhin gegenüber religiöser Freiheit und Toleranz.

Josef Lang ■

Der Text erschien zuerst auf blog.nationalmuseum.ch, wo mehrmals pro Woche Texte zur Schweizer Geschichte veröffentlicht werden. Wir danken dem Autor Josef Lang und dem Nationalmuseum für das Nachdruckrecht.



Eröffnungssitzung des Zweiten Vatikanischen Konzils in Rom 1962. Das Konzil anerkannte 1965 die Religionsfreiheit und ebnete damit den Weg zur Aufhebung der konfessionellen Ausnahmeartikel in der Schweiz 1973, 1999 und 2001.

COMMONS WIKIMEDIA / LOTHAR WOLLEH



© CHRISTIAN HILDEBRAND

JOSEF LANG ist freischaffender Historiker in Bern und ehemaliger Zuger Nationalrat. 2020 erschien im Verlag Hier und Jetzt sein Buch *Demokratie in der Schweiz: Geschichte und Gegenwart*. 2017 veröffentlichte er zusammen mit Pirmin Meier im selben Verlag den Band *Kulturkampf: die Schweiz des 19. Jahrhunderts im Spiegel von heute*.

DIE ANDERE «EVOLUTION DES DENKENS»

DAS BUCH VON MICHAEL SCHMIDT-SALOMON IST EIN WICHTIGER BEITRAG ZUR IDEENGESCHICHTE DER MENSCHHEIT – MEHR ÜBER ISLAMISCHE FREIDENKER HÄTTE ES JEDOCH VERTRAGEN

DAS Buch *«Evolution des Denkens»* würdigt herausragende westliche Denker, deren Gedanken unser modernes Weltbild prägten. Schade ist allerdings, dass Michael Schmidt-Salomon die bedeutenden Errungenschaften islamischer Freidenker und Wissenschaftler nur am Rande streift. Dabei entfaltete sich gerade in der Blütezeit der islamischen Zivilisation vom 8. bis zum 14. Jahrhundert eine reiche geistige Tradition.

Gelehrte wie Al-Razi, Al-Farabi, Ibn Sina (Avicenna), Ibn Rushd (Averroes) und Al-Biruni versuchten, die Welt mit Vernunft und Logik zu verstehen. Sie übersetzten antike Schriften, betrieben empirische Studien, tauschten sich mit Andersdenkenden aus. Ihr offenes Freidenken versuchte, Rationalität und kritisches Denken mit dem Glauben zu harmonisieren – ein Versuch, der letztlich scheiterte. Zugleich scheuten sie die kritische Auseinandersetzung mit religiösen Dogmen nicht.

Ihr Einfluss auf die europäische Geistesgeschichte kann kaum überschätzt werden: Die Unterscheidung Avicennas (980-1037) zwischen Essenz und Existenz wurde von Thomas von Aquin übernommen und von Denkern wie Duns Scotus weiterentwickelt. Sie prägte die Metaphysik bis weit ins 16. Jahrhundert. Averroes' (1126-1198) Kommentare zu Aristoteles waren ein unverzichtbares Werkzeug zum Verständnis des Philosophen und boten eine Alternative zu Avicennas Positionen. Seine Theorie, dass es nur einen universellen Intellekt für alle Menschen gibt, war höchst kontrovers, regte aber die scholastische Debatte über den Werdegang des Individuums und die Unsterblichkeit entscheidend an.

In der Psychologie war Avicennas Konzept der *«Intuition»* (*hads* auf Arabisch),

der Fähigkeit zu unmittelbarer Einsicht, sehr einflussreich. Sein Gedankenexperiment vom *«schwebenden Menschen»* wurde zu einem Lehrstück der Bewusstseinstheorie. Averroes' Kritik an Avicennas *«Geber der Formen»* (*dator formarum*) wiederum befruchtete die Diskussion über den aktiven Intellekt und die Abstraktion.

Die kühne intellektuelle Vision der islamischen Philosophen, den Menschen durch Vereinigung mit dem aktiven Intellekt zur Glückseligkeit zu führen, beflügelte lateinische Denker wie Siger von Brabant (ca. 1240-1284). Als bedeutender Vertreter der lateinischen Averroisten war Siger stark von den Werken des islamischen Philosophen Averroes beeinflusst. Sigers Übernahme islamischer Denkmodelle führte jedoch zu Konflikten mit der kirchlichen Autorität. Im Jahr 1277 erliess der Bischof von Paris, Étienne Tempier, eine Verurteilung von 219 Thesen – darunter auch einige von Sigers averroistisch geprägten Lehren. Ohne den Anstoss von Avicenna, Averroes und anderen islamischen Denkern wären zentrale Entwicklungen der europäischen Philosophie – in Metaphysik, Epistemologie, Kosmologie und Psychologie – undenkbar.

Doch diese *«islamischen Freidenker»* hatten einen schweren Stand. Immer wieder wurden sie von orthodoxen Autoritäten der Ketzerei bezichtigt. Man denunzierte sie als Magier, Ungläubige, Verfälscher der reinen Lehre. Viele wurden ausgegrenzt, verfolgt, ihre Bücher verboten oder verbrannt. Sie waren ihrer Zeit voraus und stiessen auf erbitterten Widerstand der selbsternannten Hüter eines obskurantistischen Glaubens. Heute werden Avicenna und Averroes oft als Vorbilder eines aufgeklärten Islam gefeiert. Doch die Tragik ihres Schicksals wird gerne verschwiegen.

Treffend brachte dies Al-Razi (ca. 825-925) auf den Punkt: *«Niemand verdient Glauben nur aufgrund von Behauptungen und Überlieferungen. Vielmehr verdienen nur jene Glauben, die klare Beweise und zwingende Argumente vorlegen.»* In diesem Sinne lädt uns das Erbe der islamischen Denker ein, selbstständig nach Erkenntnis zu streben, die Wunder der Welt zu erforschen und auch überlieferte Wahrheiten kritisch zu prüfen. Es ist eine Ermutigung, den Weg der Vernunft zu gehen – so beschwerlich er auch sein mag. Denn es ist der einzige Weg zu wahren Verständnis und geistiger Befreiung. Ein Weg, den letztlich auch Michael Schmidt-Salomon beschreitet – auch wenn er den arabischen Wegbereitern dabei nicht immer hinreichend Reverenz erweist.

Kacem El Ghazzali ■



KACEM EL GHAZZALI

ist Essayist und Advocacy and Casework Consultant für den Nahen Osten und Nordafrika bei Humanists International. Seine Texte erschienen unter anderem in *Le Monde*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Neuen Zürcher Zeitung* und der *Huffington Post*. Zudem ist er Mitherausgeber des säkularen arabisch-französischen Magazins *La Vague Culturelle*.

SCHWEIZ

FREISPRUCH FÜR ARZT, DER BEI SUIZID HALF

DAS Bundesgericht hat den pensionierten Arzt Pierre Beck am 13. März 2024 vom Vorwurf freigesprochen, Bestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes missachtet zu haben. Bereits am 9. Dezember 2021 hatte ihn die Genfer Justiz in Bezug auf das Heilmittelgesetz freigesprochen, nachdem er einer 86-jährigen Frau 2017 ohne medizinische Diagnose zum Suizid verholfen hatte. Damit hat das Bundesgericht einen Freispruch der Vorinstanz bestätigt. Die betagte, aber gesunde Frau hatte sich entschieden, zusammen mit ihrem schwer kranken Mann zu sterben. (hpd) ■

AUCH REFORMIERTE TRETEN AUS KIRCHE AUS

2023 haben in der Deutschschweiz gut 38'000 Mitglieder den Austritt aus der reformierten Kirche vollzogen – so viele wie noch nie in einem Jahr. Dies vermeldete die Plattform ref.ch. Die Austritte sollen im September des letzten Jahres in die Höhe geschossen sein, als die katholische Kirche ihre Missbrauchsstudie veröffentlichte. Die Studie scheint auch für die andere Landeskirche Folgen zu haben. (red) ■

FREIDENKER SETZTEN SICH GEGEN ANTI-IMPF-INITIATIVE EIN

AM Abstimmungswochenende vom 9. Juni (nach Redaktionsschluss) stimmte die Schweizer Bevölkerung unter anderem über die «Initiative für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ab. Die Freidenker-Vereinigung der Schweiz sprach sich klar gegen diese «Anti-Impf-Initiative» aus, die aus wissenschaftsfeindlichen Kreisen stammte. Eine Annahme würde rechtliche Unsicherheiten mit sich bringen und will ein Problem lösen, das gar nicht existiert: Bereits heute darf niemand gegen seinen Willen geimpft werden. Damit sandte die Initiative im «Zeitalter der alternativen Fakten» ein gefährliches Signal aus. Die FVS steht für ein rationales Weltbild ein, was sie vor der Abstimmung in einer Medienmitteilung deutlich machte. (red) ■



RELIGIÖSE WOLLEN KEINEN SCHWULEN LEHRER

ES klingt wie eine Geschichte aus längst vergangenen Zeiten: Ein schwuler Lehrer in Pfäffikon ZH wurde auf Druck von religiös-konservativen Eltern entlassen. Diese störten sich zunächst am vom Lehrplan 21 vorgegebenen Sexualkundeunterricht, danach gemäss Medienberichten an seiner sexuellen Orientierung. Eltern aus freikirchlichen und muslimischen Kreisen machten bei der Schulleitung Druck, bis diese den Lehrer entliess. Liberalere Eltern von Kindern hatten sich für den Lehrer ausgesprochen und die grosse Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen schrieben in einem Brief an die Schulleitung, dass ihr Kollege aufgrund seiner Homosexualität diskriminiert worden sei. Der entlassene Lehrer verzichtet aber auf eine Klage. Der Schulpräsident ist Hanspeter Hugentobler, ein Kantonsrat der EVP. (red) ■

TANZVERBOT SOLL ENDLICH FALLEN

DIE Thurgauer Kantonsregierung hat zu Beginn des Jahres einen Vorentwurf zur Revision des Ruhetagsgesetzes präsentiert. Dieser sieht weiterhin Veranstaltungsverbote an sogenannten «hohen Feiertagen» vor. Die Freidenker-Vereinigung der Schweiz (FVS) findet, dass dieses Verbot die Alltagsrealität der Menschen im Thurgau schon lange nicht mehr widerspiegelt. Die Sektion Ostschweiz der FVS fordert in ihrer Vernehmlassungsantwort vom 31. März 2024 deshalb, diesen alten Zopf abzuschneiden. Sie stellt sich auf den Standpunkt, dass die religiösen Feiertage mittelfristig abgeschafft und durch säkulare Feiertage ersetzt werden sollten. Damit aber die Gesamtzahl der Feiertage für Arbeitnehmende nicht verkleinert wird, müsste das Bundesrecht angepasst werden. (red) ■

NÄCHTLICHES GLOCKENGELÄUT IN DER STADT BERN BLEIBT

DER Schlaf der Stadtbernerinnen und -berner wird auch in Zukunft von Glockengeläut gestört werden. Am 15. Februar hat der Stadtrat (in Bern das Parlament) die Motion «Lärmschutz vor nächtlichem Zeitschlag» aus der Reihe der Grünen Freien Liste mit 36 Nein- zu 22 Ja-Stimmen (bei 7 Enthaltungen) abgelehnt. Dass Lärm und schlechter Schlaf die Gesundheit erwiesenermassen beeinträchtigen, konnte die Parlamentsmehrheit nicht überzeugen. Auch wenn es hier eher um Symbolpolitik geht, zeigt der Beschluss, dass für die Kirche andere (Lärmschutz-)Regeln gelten als für den Rest der Gesellschaft. (red) ■

INTERNATIONAL

SÄKULARE TAGUNG IN OSLO

AN der Konferenz Celebrating Dissent am 31. August und 1. September geben säkulare Aktivistinnen und Aktivisten aus der ganzen Welt Einblick in ihr Leben und ihr Wirken. Ins Leben gerufen wurde das Veranstaltungsformat von Ex-Iranerin Maryam Namazie, der Gründerin des Council of Ex-Muslims of Great Britain. Dieses Jahr findet der Anlass in Oslo statt und wird unter anderem von unserer norwegischen Schwesterorganisation Human-Etisk Forbund (siehe Seite 22) mitgetragen. Abgehalten wird er zu Ehren der Norwegerin Shabana Rehman. Die in Pakistan geborene Kolumnistin, Autorin und Stand-Up-Comedian starb 2022 im Alter von 46 Jahren an Krebs. Aufgrund ihrer Kritik an patriarchalen muslimischen Strukturen und Wertvorstellungen lebte sie wiederholt unter Polizeischutz. Zu sehen und hören sind am diesjährigen Celebrating Dissent fast sechzig säkulare Aktivistinnen und Aktivisten: nebst **Maryam Namazie** unter anderem die im Iran geborene Sängerin **Faravaz**, die Gründerin des Online-Portals Ex-Muslim Somali Voices **Halima Salat**, der aus Bangladesch stammende Autor **Ahmedur Chowdhury**, die ehemalige FEMEN-Aktivistin **Inna Shevchenko**, die algerische Soziologin **Marieme Helie Lucas**, die aus Saudi-Arabien geflohene Mitgründerin der Säkularen Flüchtlingshilfe Deutschland **Rana Ahmad** oder **Arnfinn Pettersen**, Mitglied des Human-Etisk Forbund und Autor des Beitrags zu den Blasphemiegesetzen (siehe Seite 16). Das Zweitagesticket inkl. Mittagessen kostet 129 Euro (97 Euro für Nichtverdienende). (red) ■

DEUTSCHLAND: FÜR MUSLIMISCHE SCHÜLER IST SCHARIA WICHTIGER ALS GRUNDGESETZ

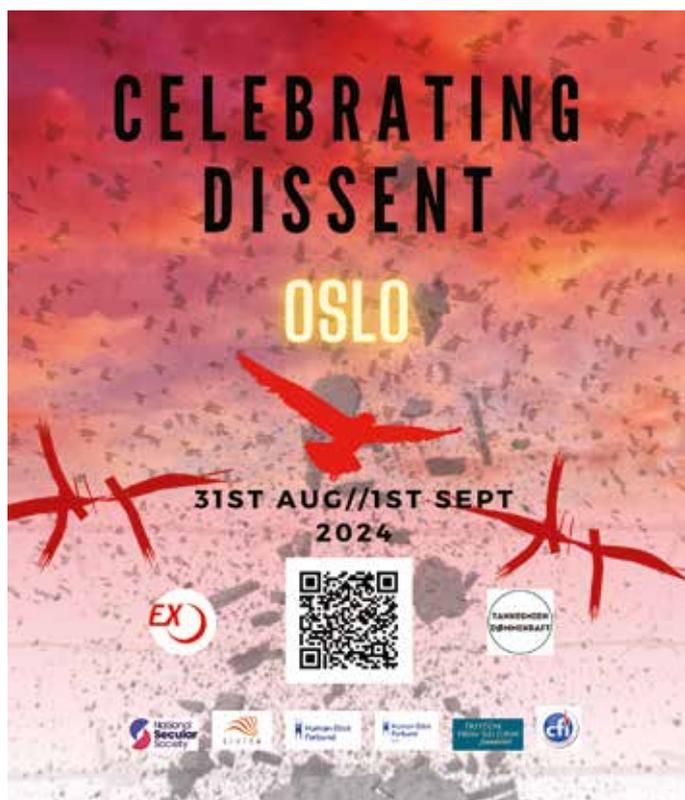
GEMÄSS einer im April veröffentlichten Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) stellen zwei Drittel der muslimischen Schülerinnen und Schüler in Deutschland die Bedeutung des Korans über die des Grundgesetzes. Dies berichteten diverse deutsche Medien. Laut der Studie stimmen mehr als zwei Drittel (67,8%) der muslimischen Schülerinnen und Schüler folgender Aussage zu: *«Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland.»* Zudem erklärten 45,8%, dass für sie ein islamischer Gottesstaat die beste Staatsform sei. (red) ■

PETITION: KEINE SPEICHERUNG PERSÖNLICHER DATEN DURCH RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

DAS Bureau Européen de la Libre Pensée – ein Koordinationsbüro freigeistiger Organisationen – hat eine Petition an das EU-Parlament gestartet. Organisierten Konfessionen soll es verboten werden, persönliche Daten zu speichern. In der Begründung der Petition heisst es: *«Mehrere abweichende Entscheidungen von Gerichten und Behörden in verschiedenen europäischen Ländern gefährden den Schutz der persönlichen Daten, die sich im Besitz von Konfessionen und Glaubensgemeinschaften befinden.»* (hpd) ■

USA: IMMER WENIGER GOTTESDIENSTBESUCHENDE, ABER IMMER NOCH VIELE

DIE Anzahl Gottesdienstbesuchende nimmt auch in den USA ab. Nur etwa jeder und jede dritte Gläubige nimmt regelmässig am Gottesdienst teil – und es werden immer weniger. Lediglich bei den Mormonen und Mormonen bleibt die Quote der Kirchenbesucher weitgehend konstant. Zu diesem Ergebnis kommt eine im März veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungs-Instituts *«Gallup»*. Sie befragte mehr als 32'000 Amerikanerinnen und Amerikaner unterschiedlicher Glaubensrichtungen. Insgesamt gaben 31 Prozent an, wöchentlich oder fast jede Woche zum Gottesdienst zu gehen. Vor zwanzig Jahren waren es noch 42 Prozent. (hpd) ■



BLASPHEMIE IST AUCH MACHTKRITIK

Die Künstlerin Firoozeh Bazrafkan sucht die Kontroverse und Provokation, um auf die massive Unterdrückung der Frauen durch das iranische Regime aufmerksam zu machen. Dazu verpasst sie dem Koran auch mal 99 Peitschenhiebe.

ES ist der 5. August 2023. Eine Frau spaziert der Strasse Svanemøllevej im noblen Norden Kopenhagens entlang. Sie trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift *«Woman Life Freedom»* – sie heisst Firoozeh Bazrafkan. Die dänisch-iranische Künstlerin stellt einen kleinen Tisch vor der iranischen Botschaft in der dänischen Hauptstadt auf, nimmt eine Reibe heraus – und verbringt die nächsten sechzehn Minuten damit, einen Koran zu zerreiben. Es wird alles gefilmt.

In einer Pressemitteilung¹ beschreibt Bazrafkan die Performance als eine Antwort auf die Forderung des iranischen Regimes, den Koran zu respektieren. Eine Aufforderung, fährt sie fort, die natürlich vor Doppelmoral triefe: *«Das Regime selbst respektiert die Rechte der Frauen nicht und behauptet, der Koran rechtfertige die Unterdrückung von Millionen von Frauen durch das Regime»*. Die Künstlerin erklärt, wer dem Individuum das Recht abspreche, selbst zu entscheiden, *«was man sagen, wie man leben und wie man aussehen will»*, verdiene selbst keinen Anspruch auf Respekt.

EIN LEGITIMER PROTEST

Natürlich kann man Bazrafkans Handeln missbilligen. Man kann der Ansicht sein, dass es verrückt von ihr war, ein Buch zu entweihen, das vielen heilig ist.

Es war nicht das erste Mal, dass sie sich in ihren Performances an einem Koran ausgelassen hat. Sie hat ihm schon 99 Peitschenhiebe verpasst, ihn zerfetzt und die Überreste auf einem Gebets-teppich ausgestellt. Bazrafkan sucht die Kontroverse und provoziert gerne. Im Jahr 2013 wurde sie wegen Rassismus verurteilt, nachdem sie Aussagen



Ausschnitt aus einem YouTube-Video von Firoozeh Bazrafkan während einer Anhörung durch den Ausschuss für Rechtsfragen des dänischen Parlaments.

über muslimische Männer veröffentlicht hatte, für die bereits andere verurteilt worden waren.

Aber sie hat recht, dass das iranische Regime die Frauen massiv unterdrückt. Sie hat recht, dass es ständig die Menschenrechte verletzt. Und sie hat recht, dass es dies mit Verweis auf den Koran tut.

Man kann der Ansicht sein, dass Bazrafkans Aktionen Kritik verdienen, als verwerflich zu sehen sind. Man kann der Ansicht sein, dass sie die Schändung eines heiligen Buches und die Verhöhnung der ihm zugrunde liegenden Religion darstellen. Kurz gesagt, man kann alles für blasphemisch halten.

Aber ein Staat, der seine eigenen Bürger einsperrt, foltert und ermordet, verdient auf alle Fälle mehr Kritik als eine

Künstlerin, die ein Buch zerstört, das vielleicht einigen heilig ist.

Der Iran sieht das anders. Dies geht aus dem neuesten Freedom-of-Thought-Bericht hervor, in dem der Iran eines der Schwerpunktländer war. Der Bericht hält die Menschenrechtslage von nichtreligiösen Menschen weltweit fest. Im Iran beteiligen sich Regierungsbeamte und öffentliche Einrichtungen an offener Ausgrenzung und Verfolgung und stacheln zu Hass und Gewalt gegen Nichtgläubige an. Äusserungen über zentrale humanistische Werte wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte werden systematisch unterdrückt. Blasphemie und Religionskritik sind verboten und können mit der Todesstrafe geahndet werden.

Und diese drastische Gesetzgebung wird auch angewandt: Im Mai 2022

1. <https://firoozehb.com/press-release-august-5-2023>

wurden Yousef Mehrad und Sadrollah Fazeli-Zare gehängt. Sie wurden wegen des Betriebens eines antireligiösen Telegram-Kanals, Anstiftung zum Atheismus, Beleidigung des Islam – und Blasphemie – verurteilt.

Der Iran ist auch nicht der einzige Staat, der drakonisch mit dem umgeht, was er als blasphemisch betrachtet. In sieben Ländern gibt es für Blasphemie die Todesstrafe: Neben dem Iran sind das Nigeria, Pakistan, Afghanistan, Somalia, Mauretanien und Saudi-Arabien. Und obwohl die Situation in Europa viel besser ist, kann man in fünf europäischen Ländern immer noch für dieses **«Verbrechen»** eingesperrt werden: Russland, Türkei, Deutschland, Zypern und Polen.

KAMPAGNE ZUR BEENDUNG DER BLASPHEMIEGESETZE

Das Recht auf Blasphemie ist ein Kernthema der internationalen humanistischen Bewegung, nicht zuletzt durch die Kampagne **«End Blasphemy Laws»**. Sie bildet Teil eines umfassenderen Engagements für Glaubensfreiheit und freie Meinungsäußerung – grundlegende Werte des Humanismus. Die Kampagne verteidigt das *Recht*, sich kritisch über Religion, religiöse Schriften oder religiöse Persönlichkeiten zu äussern – auch wenn Gläubige dies verwerflich oder abstossend finden. *(Die FVS rief 2018 die National- und Ständeräte dazu auf, den Strafgesetzbuch-Artikel 261 zu entschlacken, red.)*

Aber – und das ist das Wesentliche: Eine Verteidigung des *Rechts auf* Blasphemie ist nicht notwendigerweise eine Verteidigung des *Inhalts* einer sogenannten blasphemischen Aussage. Sie ist einfach eine Verteidigung des Kerns der Meinungsfreiheit: des Rechts des Einzelnen, sich auszudrücken, ohne vom Staat verfolgt zu werden oder mit Gewalt von Gegnern rechnen zu müssen.

IN EUROPA GREIFT POLEN HART DURCH

In Europa hat vorwiegend Polen in den letzten Jahren seine Blasphemiegesetzgebung angewandt – vor allem gegen

Künstler verschiedener Art. Und obwohl das Gesetz keine bestimmte Religion erwähnt, wurde es in der Praxis nur gegen Kritiker des Katholizismus und der Macht und Privilegien der katholischen Kirche eingesetzt.

In Pakistan, dem Land, das sein Blasphemiegesetz am aktivsten anwendet, sind hingegen die religiösen Minderheiten des Landes – Christen, Schiiten, Ahmadiyya, Humanisten und andere Nichtgläubige – unter den wegen Blasphemie Angeklagten und Verurteilten stark überrepräsentiert. Viele von ihnen sitzen nun in Todeszellen, in berechtigter Angst, dass der Staat die Todesurteile tatsächlich vollstrecken wird.

«Blasphemiegesetze schützen Götter, nicht Menschen.»

Das ist wenig erstaunlich: Wenn ein Land erst die Meinungsfreiheit einschränkt, liegt es auf der Hand, dass Minderheiten mit Meinungen, Werten und Praktiken, die am weitesten von denen der Mehrheit und der Regierung entfernt sind, am stärksten betroffen sind.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Befürworter der Wiedereinführung von

Blasphemiegesetzen dies mit der Begründung tun, dass dadurch Minderheiten besser geschützt würden. Aber die Faktenlage zeigt: Es sind die Interessen der Mächtigen, die mit solchen Gesetzen verteidigt werden. Daher ist die Verteidigung des Rechts auf Blasphemie auch eine Verteidigung des Rechts, Machtkritik zu betreiben.

BLASPHEMIEGESETZE VEHINDERN MEINUNGSFREIHEIT

Es reicht auch nicht aus, wenn derlei Gesetze scheinbar toter Buchstabe sind. Blasphemiegesetze sind schädlich, auch wenn sie nicht aktiv angewandt werden. Allein die Existenz eines solchen Gesetzes kann kritische Stimmen zum Schweigen bringen. Schlimmer noch: Länder, die ihre Blasphemiegesetze anwenden, legitimieren sie oft durch die Existenz solcher Gesetze in anderen Ländern. **«Wenn ihr Blasphemiegesetze habt, sollen wir sie auch haben dürfen.»**

Die Tatsache, dass ein Drittel der EU-Mitgliedstaaten Gesetze gegen Blasphemie hat, bedeutet, dass die europäische Kritik an Menschenrechtsverletzungen, die sich auf solche Gesetze anderswo stützt, wenig glaubwürdig ist. Wir sitzen also im Glashaus. Wenn solche Praktiken mit Nachdruck und Integrität kritisiert werden sollen, müssen alle Länder, die ihre Menschenrechtsverpflichtungen ernst nehmen, ihre



Yousef Mehrad (links) und Sadrollah Fazeli-Zare wurden 2022 im Iran gehängt.

eigene Gesetzgebung bereinigen und die Blasphemiegesetze ein für alle Mal abschaffen.

Die Meinungsfreiheit garantiert uns das Recht, unsere Meinung zu äussern, ohne vom Staat inhaftiert oder anderweitig bestraft zu werden. Sie verpflichtet den Staat auch, diejenigen zu schützen, die sich gegen Gewalt und Gewaltandrohungen von Gegnern äussern.

Diejenigen von uns, die die Situation der Humanisten und Atheisten in der ganzen Welt verfolgen, wissen nur zu gut, dass dies nicht überall selbstverständlich ist.

WENN DER MOB BESTIMMT, WAS RECHT IST

Wenn man in Pakistan der Blasphemie beschuldigt wird, ist das Gefängnis wahrscheinlich der sicherste Ort, an dem man sein kann. Immer wieder haben wir erlebt, dass der Mob das Gesetz in die eigenen Hände genommen hat, ohne dass die Polizei in der Lage - oder willens - war, die wegen Blasphemie Angeklagten zu schützen.

Blasphemiegesetze schützen Götter, nicht Menschen. Die humanistische Bewegung ist der Ansicht, dass es im Gegenteil die *Menschen* sind, die vor Hassreden geschützt werden müssen. Diese Gesetze sollten daher durch gut funktionierende Gesetze gegen Hassverbrechen ersetzt werden, um Menschen zu schützen, die aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit Hass und Verfolgung ausgesetzt sind - einschliesslich derjenigen, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Überzeugungen verfolgt werden.

DAS NEUE DÄNISCHE GESETZ

Norwegen schaffte seine Blasphemiegesetzgebung 2015 ab, Dänemark folgte diesem Beispiel 2017. Aber jetzt hat Dänemark tatsächlich ein neues Gesetz verabschiedet - nach einer Reihe von Koranverbrennungen in Dänemark und Schweden und der massiven Kritik, denen die beiden Länder aus der muslimischen Welt ausgesetzt waren. Zunächst

sah es wirklich schlecht aus: Die Dänen wollten ursprünglich ein Verbot der *«unsachgemässen Behandlung von Gegenständen mit religiöser Bedeutung für eine Religionsgemeinschaft»*.

Nach heftiger Kritik wurde das Gesetz etwas abgeschwächt, es verbietet nun «lediglich» die *«unsachgemässe Behandlung von Schriften mit erheblicher religiöser Bedeutung»*. Und die Anwendung ist auf anerkannte Religionsgemeinschaften beschränkt. Dies bedeutet, dass die dänischen Humanisten nicht unter die Gesetzgebung fallen. Das Nordische Humanistische Manifest 2016 darf straffrei verbrannt werden.

Natürlich wollen die dänischen Humanisten das nicht verbieten. Im August gaben die nordischen humanistischen Organisationen eine gemeinsame Erklärung gegen den ursprünglichen Gesetzentwurf ab. Und sie distanzieren sich auch deutlich vom neuen Gesetzentwurf.

WER SOLL KORANE VERBRENNEN DÜRFEN?

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass es kein grosses Problem ist, wenn dem dänischen Rechtspopulisten Rasmus Paludan das Recht verweigert wird, Korane zu verbrennen, oder wenn Beschränkungen auferlegt werden, wann und wo sie verbrannt werden dürfen. Dass es kein grosses Problem ist, wenn man Tyrannen nicht erlaubt, Tyrannen zu sein. Das Problem ist, dass es niemandem - am wenigsten den dänischen Behörden - gelungen ist, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der nicht gleichzeitig auch Firoozeh Bazrafkan einschliesst.

Und es besteht kein Zweifel, dass das dänische Gesetz auch sie betrifft. Ein Einwand, den der dänische Justizminister Peter Hummelgaard auf die leichte Schulter nimmt. Er äusserte sich im Nachgang zu Bazrafkans Aktion wie folgt: *«Ich möchte sie ermutigen, etwas zu schaffen, etwas zu schreiben, zu malen, in Stein zu meisseln, Musik zu machen, was auch immer, anstatt Dinge zu zerstören»*.

Diese verächtliche und herablassende Haltung gegenüber einer legitimen und äusserst wichtigen politischen Demonstration sollte uns zu denken geben.

Wir sprechen von einer Demonstration gegen grobe und rücksichtslose Unterdrückung - in einem der repressivsten Regime der Welt. Eine Unterdrückung, die gerade mit dem Verweis auf den Koran gerechtfertigt wird. Und die Einschränkung der Möglichkeit, gegen grobe Menschenrechtsverletzungen in einer Diktatur zu protestieren, ist kein Preis, der es wert ist, primitive Tyrannen davon abzuhalten, primitive Tyrannen zu sein.

Arnfinn Pettersen ■



ARNFINN PETTERSEN arbeitet in der Abteilung «Politik und Internationales» der norwegischen Organisation Human-Etisk Forbund (siehe Seite 22). Der Beitrag erschien zuerst in deren Mitglieder-magazin *H*.

Pressemitteilung
vom 5. August 2023
(Frau, Leben, Freiheit)



ZEIT FÜR EINE STABÜBERGABE

Vor zwei Jahren kündigte Andreas Kyriacou an, dass dies seine letzte dreijährige Amtszeit als FVS-Präsident sein werde. Nun hat er sich entschlossen, das Amt bereits diesen Juni zur Delegiertenversammlung abzugeben, wie er in einem Schreiben mitteilt.

«**ICH** habe mit dem Denkfest, dem Camp Quest und dem Freidenkerpreis Formate initiiert, mit denen wir identifiziert werden. Und ich habe politische Kampagnen angestossen, die uns Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit und mediale Aufmerksamkeit verschafft haben. Dazu gehörten die Plakatkampagne *«Liebe Katholiken: Huonder tritt nicht aus. Wie steht's mit euch?»*, die Abstimmungskampagne zur Ehe für alle, die Kampagne *«impfen statt schimpfen»*, die Plakatkampagne zugunsten von Raif Badawi und das Referendum gegen den Luzerner Beitrag an die neue Kaserne im Vatikan.

Ich habe in meiner Amtszeit auch dafür gesorgt, dass wir einen neuen – nun vielleicht schon langsam wieder überarbeitungsbedürftigen – Webauftritt erhalten und dass unser Magazin vierfarbig wird. Ebenso habe ich unsere inneren Strukturen da angepasst, wo es mir nötig

erschien. Dazu gehörten der Verkauf des Freidenkerhauses, eine grössere Statutenrevision und das Vorantreiben der Digitalisierung der FVS.

All dies habe ich gerne und meist mit Elan gemacht. Aber für mich war stets auch klar, dass aus einem Vereinsamt keine Lebensaufgabe werden sollte. Und natürlich stand und steht das zeitliche Engagement teilweise auch anderen Vorhaben im Weg. Gerne hätte ich dieses Jahr den Tag der Apostasie nachgeholt, der ursprünglich im März 2020 hätte stattfinden sollen. Und die mir immer wieder gestellte Frage, ob es erneut ein Denkfest geben werde, würde ich gerne endlich mit **«JA»** beantworten können. Doch dafür (und auch für das eine oder andere private Vorhaben) fehlte mir die Zeit. Und da ich plane, nach vier Jahren des Angestelltendaseins beim Schweizerischen Nationalfonds wieder auf eigene Rechnung zu arbeiten, muss

ich mir die Möglichkeit offenhalten, Mandate mit einem 100-Prozent-Pensum annehmen zu können.

Es ist deshalb nun für mich an der Zeit, die Prioritäten neu zu setzen. Ich werde für die FVS noch unsere Bemühungen vorantreiben, im Kanton Zürich ein Pilotprojekt für eine weltlich-humanistische Alternative zur konfessionellen Seelsorge durchführen zu können. Und am 22. Juni werde ich den Workshop mit Daniel Graf moderieren und die Aargauer Grossratspräsidentin Mirjam Kosch begrüssen, die zugesichert hat, ein Grusswort zu halten. Doch die eigentliche DV am Nachmittag werde ich entspannt aus den Zuschauerreihen mitverfolgen. Ich freue mich auf die Abgabe von Verantwortung und tue dies gelassen, auch, weil ein tolles Dreierteam auf der Geschäftsstelle ein ruckelfreies Funktionieren unseres Betriebs sicherstellt.

Ich danke allen herzlich, die in den letzten elf Jahren auf nationaler oder regionaler Ebene mitgewirkt haben. Natürlich brauchen der Vorstand und die Geschäftsstelle auch in Zukunft tatkräftige Unterstützung. Bringt euch also bitte weiterhin ein. Wer spezifisch mithelfen möchte, dass der Tag der Apostasie 2025 endlich stattfindet, melde sich bitte bei mir unter andreas@kyriacou.ch. Das Datum – der 23. August – steht und erste Zusagen habe ich auch schon erhalten. Unter anderem wird der pakistanische Dissident Taha Siddiqui auftreten. Ich übersetze gerade seine als Graphic Novel erschienene Autobiographie für den Alibri-Verlag ins Deutsche. Auch dafür brauche ich mehr Freizeit 😊.

Herzliche Grüsse»

Andreas Kyriacou ■



Amtsantritt vor elf Jahren: FVS-Präsident Andreas Kyriacou (links) und sein Vize Valentin Abgottspon.

NEUES PRÄSIDIUM

VORSTAND SCHLÄGT SONJA STOCKER UND VALENTIN ABGOTTSPON FÜRS PRÄSIDIUM VOR

NACH dem vorzeitigen Rücktritt des langjährigen Präsidenten Andreas Kyriacou wird an der Delegiertenversammlung (DV) vom 22. Juni in Aarau ein neues Präsidium gewählt.

Da Andreas' Amtszeit 2025 abläuft, schlägt der Zentralvorstand vorerst ein Co-Präsidium für ein Jahr vor. Sonja Stocker (Mitglied des Zentralvorstands seit 2023, davor einige Jahre Co-Präsidentin der Sektion Zürich) und Valentin Abgottsporn (bisher Vizepräsident) stellen sich gemeinsam zur Verfügung. Die Amtszeiten der Vorstandsmitglieder Marc Moser und Sebastian Munkel laufen unverändert weiter. Aus dem Zentralvorstand ausscheiden wird Sandra Hiltmann. Sie wird aber bis auf Weiteres das Ressort Rituale betreuen.

Der Zentralvorstand ist weiterhin auf der Suche nach Personen, die sich für ein Amt zur Verfügung stellen. Insbesondere das Amt des Kassiers ist vakant und sollte dringend neu besetzt werden. Der Zentralvorstand wünscht sich, dass nicht nur die Delegierten an der DV teilnehmen, sondern lädt alle Mitglieder nach Aarau ein.

red ■



DV 2024 IN AARAU

Die diesjährige Delegiertenversammlung der Freidenkerinnen und Freidenker Schweiz findet am 22. Juni im Kultur- und Kongresshaus Aarau statt. Start ist um 9.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli. Um 10 Uhr wird die Aargauer Grossratspräsidentin Mirjam Kosch (Grüne) ein Grusswort halten, ehe der Workshop mit Polit-Campaigner Daniel Graf auf dem Programm steht. Nach dem Mittagessen folgt der statutarische Teil der DV.

HUMANISTISCHE RITUALE FÖRDERN

Die humanistischen Ritualbegleiter und Ritualbegleiterinnen trafen sich am 4. Mai 2024 in Olten. Ziel war es, sich auszutauschen und besser kennenzulernen sowie über die Zukunft und Ausrichtung der humanistischen Rituale zu sprechen.

Während des Treffens gab die Baslerin Sandra Hiltmann bekannt, dass sie zur Delegiertenversammlung am 22. Juni aus dem Zentralvorstand der Freidenker-Vereinigung austritt. Sie wird jedoch weiterhin das Ressort Rituale leiten, was

die Anwesenden mit Freude aufnahmen. Als neue FVS-Ritualbegleiterin begrüßten die Teilnehmenden Rita Schnyder in ihren Reihen.

Die Ritualbegleiterinnen und -begleiter besprachen ihre Positionierung innerhalb der FVS und arbeiteten eine Zukunftsstrategie heraus. Die humanistischen Rituale sollen weiterhin – auch wenn sie von Mitgliedern und Externen noch wenig genutzt werden – zum Kerngeschäft der FVS gehören. Geplant ist,

mehr in die Ausbildung zur Ritualbegleiterin oder zum Ritualbegleiter zu investieren und diese zu professionalisieren.

Einig waren sich die Teilnehmenden auch, dass sie die Sichtbarkeit der Ritualbegleitung sowohl auf der FVS-Website als auch in den sozialen Medien erhöhen möchten, um das Angebot bekannter zu machen.

red ■

DAN HUNGERBÜHLER: NEUER GESCHÄFTSLEITER

HERZLICH WILLKOMMEN

DAN Hungerbühler aus St. Gallen hat sein Amt als neuer Geschäftsleiter der Freidenker-Vereinigung der Schweiz (FVS) am 1. März angetreten. Der 37-jährige bringt umfangreiche Erfahrung aus dem politischen Campaigning und der Kommunikation mit und arbeitete in den vergangenen fünf Jahren als Leiter der Kampagnenagentur KampaKollektiv. Bis 2020 war er acht Jahre lang als Politischer Sekretär der SP St. Gallen tätig.

In seiner neuen Funktion trägt Dan Hungerbühler die Verantwortung für den ordnungsgemässen Betrieb der Geschäftsstelle und ist für die interne und externe Kommunikation der Freidenker-Vereinigung Schweiz zuständig. Er übernimmt die operative Umsetzung der strategischen Vorgaben aus dem Zentralvorstand und koordiniert die Aufgaben aller Mitarbeitenden der Geschäftsstelle.

In seiner neuen Rolle äusserte sich Dan Hungerbühler erfreut über die Möglichkeit, die Geschicke einer zivilgesellschaftlichen Organisation lenken zu dürfen, die sich für grundlegende und wichtige Werte in unserer Gesellschaft einsetzt. *«Ich freue mich sehr, diese Stelle anzutreten und die Freidenker-Vereinigung Schweiz in ihren Zielen zu*



Die neue Geschäftsstelle: Rafael Mörgeli, Dan Hungerbühler (Mitte), Sandra Frey

unterstützen. Ich bin hochmotiviert, ein neues, bedeutendes Projekt anzugehen. Mit vollem Elan möchte ich meine Erfahrungen in Politik, Kommunikation und Kampagnen nutzen, um die Freidenker-Schweiz in die Zukunft zu führen», sagt der neue Geschäftsleiter. *«Ich freue mich, als Geschäftsleiter meinen Beitrag leisten zu können, um die Sichtbarkeit und Wahrnehmung der FVS weiter zu steigern.»*

Die Freidenker-Vereinigung Schweiz begrüsst Dan Hungerbühler als neuen Geschäftsleiter und freut sich auf eine

erfolgreiche Zusammenarbeit. Präsident Andreas Kyriacou: *«Ich bin sehr erfreut darüber, dass sich Dan entschieden hat, seine ausgewiesene Campaigning-Erfahrung für die Anliegen der religionslosen Bevölkerung einzusetzen. Sie macht einen immer grösseren Teil der Gesellschaft aus, die Politik reagiert aber nur zögerlich auf diese Umwälzungen. Das möchten wir ändern und wir erhoffen uns, dass wir das mit Dans Unterstützung in der kommenden Zeit angehen können.»*

red ■

EURE MEINUNG

Auch in Zukunft wollen wir an dieser Stelle Briefe unserer Leserinnen und Leser veröffentlichen. Das Redaktionsteam freut sich auf eure Beiträge, kurz und prägnant formuliert an: gs@frei-denken.ch.

Vergesst bitte euren Namen und eure Adresse nicht. Wir behalten uns ausdrücklich vor, Beiträge zu kürzen, zu redigieren oder auch abzulehnen.

Redaktionsschluss: jeweils der 5. des Vormonats



DER HUMAN-ETISK FORBUND NORWEGENS

Nur rund 5,5 Millionen Einwohner hat Norwegen. Dennoch gilt der Human-Etisk Forbund als die mitgliederstärkste humanistische Organisation weltweit - mit mehr als 150'000 Personen.

GEGRÜNDET wurde der Human-Etisk Forbund (HEF) im Jahr 1956. Ein wichtiges Betätigungsfeld war anfänglich das Angebot einer weltlichen Alternative zur christlichen Konfirmation. HEF-Initiant Kristian Horn hatte die humanistische Jugendweihe bereits 1951 ins Leben gerufen. Im ersten Jahr schlossen sich gut 400 Personen dem HEF an, das Wachstum blieb zu Beginn moderat - 1974 wurde die 1000er-Marke erreicht.

1976 setzte man sich zum Ziel, bis 1982 auf mindestens 5000 Mitglieder zu kommen. Versammlungen, Debatten und Treffen sollten mehr Personen ansprechen. Das gelang auf beeindruckende Weise: Ende 1982 gehörten schon mehr als 13'000 Personen zum HEF. Befördert wurde das Wachstum auch durch konservative Positionsbezüge der Lutherischen Kirche Ende der 1970er-Jahre, unter anderem gegen das Recht auf Abtreibung.

STAATLICHE FÖRDERUNG BESCHERTE WACHSTUM UND GELD

Die eigentliche Trendwende kam jedoch 1981. Ab dann unterstützte der Staat nicht länger nur die Lutherische Kirche, sondern auch den HEF als Weltanschauungsgemeinschaft für sein Wirken. Die Gesetzesänderung bewog weitere Kreise zum Beitritt und die öffentlichen Zuwendungen erhöhten sich innert Jahresfrist von 70'000 auf über eine Million norwegische Kronen. Von der seither komfortablen finanziellen Situation der norwegischen Humanisten profitiert auch Humanists International, die globale Dachorganisation, der auch die FVS angehört: Die Norweger zahlen mit Abstand den grössten Mitgliederbeitrag. Sie unterstützten auch den letztjährigen World Humanist Congress in Kopenhagen finanziell.



Die staatlichen Zuwendungen - sie machen etwa 70 Prozent aller Einnahmen aus - ermöglichten es der Organisation jüngst sogar, auf das Erheben von Mitgliederbeiträgen zu verzichten.

Heute arbeiten über 100 Personen für den HEF, rund die Hälfte in der Zentrale in Oslo, der Rest in regionalen Zentren. Die weltlichen Zeremonien bilden weiterhin ein wichtiges Angebot, die Organisation baute ihre Aktivitäten jedoch über die Zeit laufend aus. 1995 gründete der HEF einen eigenen Buchverlag, der jährlich um die zehn Werke auf den Markt bringt. Seit 2023 gibt dieser auch das aufwändig gestaltete Mitglieder-magazin *H* heraus. (Arnfinn Pettersens Beitrag auf Seite 16 wurde zuerst dort veröffentlicht.) *H* erscheint dreimal pro Jahr in einem Umfang von über hundert Seiten. Seit 2007 hat der HEF eine eigene Jugendorganisation, die *Humanistisk Ungdom*, der rund 1000 Jugendliche und junge Erwachsene angehören.

EINSATZ FÜR MEHR TRENNUNG VON STAAT UND KIRCHE

Der Lutherischen Kirche gehören noch immer rund 3,5 Millionen Norwegerinnen und Norweger an, obschon gemäss einer Befragung bereits 2016 nur noch 43 Prozent von sich sagten, dass sie eine christliche Lebensauffassung hätten und gar nur drei von zehn angaben, an Gott zu glauben. Die Norwegische Kirche genießt auch deshalb nach wie vor zahlreiche Privilegien - trotz gewisser Anpas-

sungen im Jahr 2017. So sind - anders als in der Schweiz - die meisten Friedhöfe in kirchlichem Besitz. Und die politischen Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, die lokale Kirche finanziell zu unterstützen. Ein Drittel der regionalen Familienberatungen werden von kirchlichen Stiftungen betrieben, obschon sie staatlich finanziert werden. Privilegien hat sich die Kirche bis heute auch im Schulwesen und bei der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt NRK erhalten können.

Der HEF engagiert sich für eine weitere Entflechtung von Staat und Kirche. Christian Lomdsdalen, der seit 2021 als HEF-Präsident wirkt, erklärte auf Anfrage, dass innerhalb der Organisation durchaus kontrovers diskutiert werde, ob die öffentlichen Zuwendungen, die der HEF in der aktuellen Form erhalte, zu rechtfertigen seien, da sie die Vereinigung gegenüber der Kirche zwar etwas weniger benachteilige, andere zivilgesellschaftliche Organisationen jedoch auf viel weniger staatliche Unterstützung zählen können.

Andreas Kyriacou ■



Korrigendum

In der letzten Ausgabe des Magazins «frei denken.» ist uns ein Fehler unterlaufen. Das Porträt zur Giordano-Bruno-Stiftung (siehe Seite 29) hat Anne Boxleitner geschrieben, und nicht, wie fälschlicherweise vermerkt, Andreas Kyriacou.

AGENDA • INFOS

VERSAMMLUNGEN, NOTIZEN

AARGAU

Monatlich – die Regionalgruppe informiert zu gegebenem Zeitpunkt
Stammtisch

BERN

Montags: 10. Juni, 12. August, 19h00

Restaurant National am Hirschengraben, Bern
Stammtisch

Dienstag, 9. Juli, ab dem späteren Nachmittag
Parktheater, Grenchen
Stammtisch spezial: mit Minigolf

NORDWESTSCHWEIZ

Samstag, 29. Juni, 18h00
Restaurant Gundeli Casino, Tellplatz 6, Basel
Mitgliederessen - das jährliche Beisammensein

WINTERTHUR

Donnerstags: 5. Juni, 3. Juli, 7. August, 19h00
Plan B Lounge Bar, Pionierpark, Zürcherstrasse 7, Winterthur
Stammtisch

Samstag, 21. Juni, 19h30
Restaurant Riitplatz, Winterthur
Fest zur Sommersonnenwende
Gemütliches Beisammensein, Musik, gute Gespräche



ZÜRICH

Samstag, 1. Juni, 14h15
Kulturama, Englischviertelstrasse 9, Zürich
Führung im Kulturama: «Wie viel Urzeit steckt in dir?»

Donnerstags: 6. Juni, 4. Juli, 8. August, 5. September, 14h40
Im Hauptbahnhof, Nordtrakt 3. Obergeschoss
Nachmittagstreff für Interessierte und Mitglieder

Donnerstags: 13. Juni, 11. Juli, 15. August*, 12. September, 19h00
Restaurant Karl der Grosse, Kirchgasse 14, Zürich
Stammtisch
***(Achtung! 1 Woche später als üblich!)**

Freitag, 20. September, 19h30
Restaurant Karl der Grosse, Kirchgasse 14, Zürich
«Mensch sein» - Ein fesselnder Diskussionsabend mit Carel van Schaik und Kai Michel

Abonnements:

- Jahresabonnement: Schweiz • CHF 35.- | Ausland • CHF 40.- (B-Post)
- Zweitabonnement für Mitglieder aus der Romandie und dem Tessin: CHF 10.-
- Probeabonnement: 2 Nummern gratis

Freidenker-Vereinigung der Schweiz

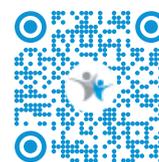
CH - 3000 Bern
+41 76 805 06 49
info@frei-denken.ch

BANKVERBINDUNG:

Bank Cler AG
4002 Basel
IBAN: CH51 0844 0420 2642 9003 0
BIC/SWIFT: BCLRCHBBXXX



Online-Spende
frei-denken.ch/spenden



Lesen, denken, teilnehmen

Das schlaue
Ferienlager
für Kids
von 9 bis 15

∞ Camp Quest

4. bis 10. August 2024 in Stallikon (ZH) | Thema: Illusionen | campquest.ch

DELEGIERTENVERSAMMLUNG UND WORKSHOP FVS

SAMSTAG, 22. JUNI 2024

IM KULTUR- UND KONGRESSHAUS AARAU (KUK)



PROGRAMM

09h30	Tee, Kaffee und Gipfeli
10h00	Workshop mit dem Polit-Campaigner Daniel Graf
12h15	Stehlunch im KuK
14h00	Delegiertenversammlung (Gäste willkommen)
ca. 16h00	Apéro

UNSERE DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Wir treffen uns zur jährlichen Delegiertenversammlung (DV). Stimmberechtigt sind Personen, die als Vertreterin oder Vertreter ihrer Sektion oder Regionalgruppe gewählt wurden, teilnehmen können aber alle Mitglieder. Schau vorbei, wenn du einen Einblick ins nationale Vereinsgeschehen erhalten und dich mit Mitgliedern aus deiner und anderen Regionen austauschen willst.



WORKSHOP MIT DEM POLIT-CAMPAIGNER DANIEL GRAF

Die Bevölkerung wird immer religionsferner. Die Politik reagiert aber sehr träge auf diese Veränderung. Wie schaffen wir es, das Tempo bei der Entflechtung von Staat und Kirche zu erhöhen? Darüber unterhalten wir uns vor der DV mit Daniel Graf. Er unterstützt NGOs, Parteien und Verbände bei Kampagnen. Graf ist zudem Mitbegründer der Plattform für direkte Demokratie *weCollect*, der Stiftung für direkte Demokratie und treibende Kraft hinter *#UpdateSchweiz*, der Bewegung, die eine Totalrevision der Bundesverfassung anstrebt.